

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Veranschaulicht
Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 263.

Mittwoch, 11. November 1908, abends.

61. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der Postanstalt in Riesa 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Rotationsdruck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 39. — Für die Redaktion verantwortlich: Edwin Plasnik in Riesa.

Die Königl. Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschusse hat die von der Gemeinde Radewitz beabsichtigte Einziehung der zwischen dem von Rada nach Radewitz und dem von Peritz nach Radewitz führenden Wege gelegenen Strecke des Kommunikationsweges von Rada nach Peritz, Nr. 419 des Flurbuchs für Radewitz, als öffentlichen Weg unter der Bedingung genehmigt, daß dieser Weg von der Gemeinde als Wirtschaftsweg in gutem fortwährendem Zustande erhalten wird.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Großenhain, den 5. November 1908.

558 H. Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates zu Gröba,

Donnerstag, den 12. November 1908, abends 8 Uhr im Gemeindeamt.

Tagesordnung: 1) Mitteilungen. 2) Straßenausbesserungen. 3) Verwertung der Nebenprodukte bei der Gasanralt. 4) Gasmesserkofferten. 5) Prüfungsgebühren für Gasleitungen. 6) Laternenaufstellung in der Döcherstraße und vor der neuen Schule. 7) Vergebung der Winterfenster für das Gaswerk-Bohnhaus. 8) Wasserwerksangelegenheiten. 9) Anstellung eines Gemeinde- und Sparsassen-Kassierers. 10) Wahl eines Standesbeamten. — Nichtöffentliche Sitzung.
Gröba, am 10. November 1908. Der Gemeindevorstand.

Anzeigen für das "Riesauer Tageblatt" erbitten wir uns bis spätestens vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Freibank Weida.

Donnerstag vormittags von 10 Uhr ab gelangt das Fleisch eines Kindes (roh) zum Preis von 60 Pfg. pro Kilogramm zum Verkauf. Der Gemeindevorstand.

Der Sitzungssaal der Stadtverordneten.

In welchem gestern wieder öffentliche Sitzung abgehalten wurde, hat in den letzten Tagen eine bemerkenswerte Verschönerung erfahren, sobald er sich dem Sitzungsteilnehmer recht freundlich präsentiert. Die Wände sind mit neuem Tapetenbelag versehen worden. Bis in Manneshöhe wurden sie mit gepreßter Sebertapete bekleidet, darüber hinaus mit einer Tapete in ruhigem, einfachen Grau. Die Decke ist neu gemalt worden. Die einzelnen Felder zeigen vornehme moderne Bienenmalerie in hellem Grau mit Gold. In je einem Felde ist das Landes- und das Reichswappen angebracht. Eine schöne Neuerung ist auch die Anbringung von Lambrequins und Stores an den Fenstern. Ueber diesen dem Auge wohlgefälligen Neuerungen hat man aber auch eine praktische Neuerung nicht vergessen, die zwar nicht den Stadtverordneten, wohl aber nicht minder eifrigen Besuchern der Sitzungen zugute gekommen ist, nämlich den Vertretern der Presse, deren Tisch gestern zum ersten Male vom milchglasgedämpften Schein einer elektrischen Tischlampe bestrahlt wurde. Die Pressevertreter, das darf wohl hier konstatiert werden, begrüßten diese Maßnahme mit dankbarer Freude. Wenn ihnen so ein stiller Wunsch unverhofft erfüllt wurde, so findet vielleicht auch ein Wunsch, der einmal laut gedehnt sei, eine gute Statt. Den gestrigen Verhandlungen war wieder deswegen nicht leicht zu folgen, weil der Presse die auf die Behergehaltungsregelung bezüglichen Druckfächer, die sich in den Händen der Stadtverordneten befanden, nicht zugänglich gemacht worden waren. Sie waren auch auf wiederholte Vorstellungen nicht zu erlangen. Es würde dies aber die Arbeit wesentlich erleichtern. Die Erfüllung der Bitte, für die Folge etwaige zur Erläuterung von Vorlagen dienende Druckfächer auf den Presstisch mit niederzulegen, würden die Pressevertreter mit Dank begrüßen.

Die Sitzung begann, wie üblich, 8 Uhr. Es hatten sich 14 Mitglieder des Kollegiums eingefunden. Als Vertreter des Rates war Herr Bürgermeister Dr. Scheider anwesend. Den Vorsitz führte Herr Oberjustizrat Geldner, welcher zunächst Kenntnis von der Einladung des Behergehaltungsregulierungs-Komitees des Realprogymnasiums zu einem von diesem zu veranstaltenden „Wilhelm Busch-Abend“ gab, sowie davon, daß der Rat beschlossen hat — in Verfolg eines in der letzten Sitzung von Herrn Bänder gestellten Antrags — bei Ausschreibungen von vakanten Beamtenstellen anzugeben, ob und in welcher Höhe Umzugskosten vergütet werden. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß der 4. Nachtrag zum Ortsstatut, die Gemeindeunterbeamten betreffend, die Bestätigung des Ministeriums erhalten habe. In die Erledigung der Tagesordnung eintretend, wurde dann folgendes verhandelt und beschlossen:

1. Lag die Schulkassenrechnung für das Jahr 1907 zur Richtsprache vor. Es haben sich bei dieser Kasse Ueberschüsse von insgesamt 1627,82 M. ergeben. Der Hauptteil entfällt hierauf auf die Heizung (Knabenschule 302,82 M. mehr als veranschlagt, Mädchenschule 392,80 M. mehr), Beleuchtung (Knabenschule 187,30 M. mehr), Inventar (Knabenschule 479,71 M. mehr), ferner auf Heizmittel, Wasserverbrauch und Jungweizen. Erinnerungen gegen die Rechnung sind nicht zu stellen gewesen. Der Schulausschuß hat beschlossen, dem Räte vorzuschlagen, die Ueberschreitungen nachzuverfolgen. Der Rat beschloß demgemäß und das Kollegium schloß sich dem an. Herr

Reher stellte hierbei im Hinblick darauf, daß die Ueberschreitungen hauptsächlich durch das Heizen entstanden seien, zur Erwägung, ob man nicht darauf zukommen müsse, die technischen Betriebe einem technischen Sachverständigen zu unterstellen, denn dann müßte sich viel sparen lassen, ebenso stelle er die Frage, ob man dies dem Gasanraltisdirektor mit übertragen wolle, oder einen technischen Beamten im Stadtbauamt anstellen wünte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, daß es im Räte bereits erwogen worden sei, die Ueberwachung der Heizung im Krankenhaus z. B. dem Gasanraltisdirektor zu übertragen. Denn durch Ueberwachung der Heizenden Personen würde sich erhebliche Ersparnisse erzielen lassen. Der Rat würde sich weiter mit dieser Frage beschäftigen, aber kaum darauf zukommen, einen besonderen technischen Beamten anzustellen. Dazu sei die Stadt noch zu klein. Chemnitz z. B. habe erst seit 1902 eine Heizungsingenieur.

2. Die Gehaltsregelung der Lehrer Riefsas war der Hauptpunkt der Sitzung. Durch das Gesetz vom 15. Juli dieses Jahres hat sich auch hier eine Neuregelung notwendig gemacht. Es hat nun eine Bürgermeisterversammlung stattgefunden, in der eine einheitliche Durchführung der Regelung beschlossen wurde. Der Schulausschuß und der Rat haben die Angelegenheit beraten und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der Herr Vorsitzende verwies auf den den Stadtverordneten gedruckt vorliegenden Bericht hierüber, worauf zunächst Herr Bürgermeister Dr. Scheider die Vorlage ungefähr wie folgt erläuterte:

Im allgemeinen schide er voraus, daß nach den Beschlüssen des Rates Ereignisse eingetreten seien, die ihn, wenn er sie vorher gekannt haben würde, veranlaßt hätten, dem Räte eine noch etwas verbesserte Staffell für die ständigen Lehrer zur Annahme zu empfehlen. Die ganze Angelegenheit sei deshalb sehr schwierig zu behandeln gewesen, weil sie fortgesetzt in Fluß gewesen sei. Den Rat habe bei seiner Beschlusfassung dreierlei geleitet: erstens) wolle er mit der Neuregelung der Gehälter nicht nur den Lehrern, sondern auch unserer Volksschule das Wohlwollen beweisen, zweitens) aber auch Rücksicht nehmen auf unsere Finanzkraft, drittens) aber auch Rücksicht nehmen auf Verhältnisse, wie sie in anderen gleichgroßen Städten vorhanden sind. In letzterer Beziehung erwähne er, daß am Freitag in Großenhain eine Staffell angenommen worden sei, die über das hinausgehe, was die Stadt erst mitgeteilt habe. Großenhain habe früher in Bezug auf die Behergehälter weit hinter Riesa gestanden und nun könne man doch keinen Grund finden, warum etwa Riesa weniger bezahle wie Großenhain.

1. Das Gehalt der Direktoren sei wie folgt beschlossen: 3800 M. Anfangsgehalt, viermal 400 M. Zulage, 5400 M. Endgehalt und 700 M. Wohnungsgeld (Unverheiratete 500 M.). Hierzu bemerke er, daß sich wohl später noch eine Entschlebung nötig machen würde, dahingehend, ob es nicht angebracht sei, den Schuldirektor wenigstens mit dem ersten Oberlehrer an der Realschule gleichzustellen. Diese Regelung könne jetzt noch nicht erfolgen, da die Erhöhung der Realschullehrergehälter in diesem Jahre noch anderweit vorgenommen werden müsse. Bei dieser Gelegenheit möchte man auch die wünschenswerte Minderung des Direktor-Gehaltes vornehmen. Nur in diesem einen Punkte sei die Gehaltsregelung noch nicht endgültig, bei allen anderen Etappen werde man noch ihrer Genehmigung endgültig für lange, lange Zeit Ruhe haben. Bezüglich des

Herrn Schuldirektor Diegel sei vom Räte eine besondere Bestimmung getroffen, da Herr Diegel erst im vorgerückten Alter Direktor geworden sei. Er bitte anzunehmen, was der Rat zugunsten des Herrn Diegel vorgeschlagen habe, nämlich ihm vom 1. Januar 1909 den Gehalt nach jährlich 4200 M. und vom 9. April 1909 nach jährlich 4600 M. zu gewähren, sodas Herr Diegel den Endgehalt von 5400 M. am 9. April 1915 erreichen würde.

2. Gehalt der ständigen Lehrer: Anfangsgehalt 1600 M. und 400 M. Wohnungsgeld bis 3500 M. Endgehalt und 500 M. Wohnungsgeld. Die Höhe dieses Wohnungsgeldes besteht sich auf Verheiratete; unverheiratete Lehrer sollen 300 M. Wohnungsgeld, sonst dieselben Bezüge, erhalten. Hierbei ergäbe sich eine Härte. Es sei nicht zu vermeiden, daß auf einigen Gehaltsstufen die unverheirateten Lehrer gleich oder noch geringer bezahlt würden als die Lehrerinnen. Deshalb empfehle er, den Endgehalt der Lehrer auf 3600 M. festzusetzen. Trotzdem sei Großenhain in der Gesamtbezahlung noch günstiger als Riesa. Großenhain gebe bei 33 Dienstjahren 950 M. mehr wie Riesa. Der Gesamtbezug stelle sich wie folgt:

	nach 10 Dienstjahren	nach 20 Dienstjahren	nach 30 Dienstjahren
Großenhain	22 400	52 450	89 750
Riesa	22 400	52 200	88 800
Burgen	22 450	52 050	88 650

Der Beschluß des Rates würde noch keine völlige Zufriedenheit herbeiführen und es sei doch notwendig, daß die Lehrer bezüglich ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse Zufriedenheit in sich trügen. Der Volksschullehrer sei in sehr erheblichem Maße der Stellvertreter der Eltern und Mitarbeiter der Kinder. Dazu müsse man möglichst tüchtige und befähigte Männer erwählen und erhalten; dies sei nur zu erreichen, wenn man sie entsprechend bezahle. Die Erhöhung auf 3600 M. Endgehalt würde 400 M. Mehraufwand bedingen. In der Vorlage sei der gesamte Mehraufwand auf 15 553,92 M. angegeben, es würde sich dann also (nach Abzug der Mehrbeihilfe)

ein Mehraufwand von 10 953,92 M. ergeben. Burgen habe ebensoviel, Großenhain 16 000 M. mehr aufzuwenden gehabt.

3. Die ständigen Lehrerinnen sollten ein Anfangsgehalt von 1600 M. und 300 M. Wohnungsgeld erhalten.

4. Den Hilfslehrern sollten die Minimalätze — 900, 1000, 1100 M. und 250 M. für Wohnung und Heizung gewährt werden.

5. Die Nadelarbeits- und Turnlehrerinnen sollen zu den bisherigen Gehaltsätzen noch 300 M. Wohnungsgeld erhalten. Ihre Gehälter würden noch eine besondere Regelung erfahren.

6. Die Vergütung für Fortbildungsschulunterricht ist auf 85 M. jährlich pro Stunde festgesetzt; Vertretungstunden würden mit 1,75 M., Vereinstunden mit 75 Pfg. wie bisher bezahlt.

In der Beratung über die ganze Vorlage nahm Herr R. A. Fischer zunächst die Anregung des Herrn Bürgermeisters, den Endgehalt der ständigen Lehrer auf 3600 M. festzusetzen, auf und erhob dies zum Antrag. Bezüglich des Wohnungsgeldes brachte er den Wunsch, den die unverheirateten Lehrer gehabt hätten, zum Ausdruck, nämlich beim Wohnungsgeld zwischen Verheirateten und Unver-

Das gute Riebeck-Bier.